

72. Sitzung

Freitag, den 10. Juli 2009

Mainz, Deutschhaus

**Bestätigung und Vereidigung eines Mitglieds der Landesregierung
gemäß Artikel 98 Abs. 2 und Artikel 100 der Verfassung
für Rheinland-Pfalz** 4319

Herr Ministerpräsident Beck gibt bekannt, dass Herr Staatsminister Prof. Dr. Deubel aus der Landesregierung ausgeschieden ist und dass er Herrn Dr. Kühl zum Minister der Finanzen ernannt hat.

Er bittet um Bestätigung und Vereidigung des neuen Ministers gemäß Artikel 98 Abs. 2 und Artikel 100 der Landesverfassung.

Der Landtag bestätigt mit Mehrheit gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 2 der Landesverfassung Herrn Staatsminister Dr. Carsten Kühl.

Anschließend erfolgt die Vereidigung von Herrn Staatsminister Dr. Kühl.

"Projekt Nürburgring 2009"
auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP 4320

Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP ist mit seiner Besprechung erledigt.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Frau Margit Conrad, Dr. Carsten Kühl, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; die Staatssekretäre Martin Stadelmaier, Roger Lewentz.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dr. Stefanie Lejeune, Ralf Seekatz, Anne Spurzem; Staatsminister Karl Peter Bruch; Staatssekretärin Vera Reiß.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	4324
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	4332
Abg. Hartloff, SPD:	4327, 4332, 4333
Abg. Mertin, FDP:	4333
Beck, Ministerpräsident:	4319, 4320, 4323
Dr. Kühl, Minister der Finanzen:	4320
Präsident Mertes:.....	4319, 4320, 4323, 4324, 4327, 4332, 4333
Vizepräsidentin Frau Klamm:	4338

**72. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 10. Juli 2009**

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 72. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz. Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich die Kollegen David Langner und Peter Dincher. Die Rednerliste führt Herr Langner.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tagesordnung zu unserer heutigen außerordentlichen Plenarsitzung ist Ihnen zugegangen.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie doch um eine gewisse Aufmerksamkeit.

Am 7. Juli 2009 hat mir der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz folgendes Schreiben zugeleitet:

„Ich möchte Ihnen mitteilen, dass mir Herr Staatsminister Prof. Dr. Ingolf Deubel mit Schreiben vom 7. Juli 2009 seinen Rücktritt vom Amt des Ministers der Finanzen mit Ablauf des heutigen Tages erklärt hat. Ich habe diesen mit großem Respekt angenommen.

Gleichzeitig bitte ich Sie, gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz eine außerordentliche Sitzung des Landtags möglichst am Freitag, dem 10. Juli 2009, einzuberufen. Beratungsgegenstand der Sitzung soll die Bestätigung und Vereidigung eines Mitglieds der Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 und Artikel 100 der Verfassung für Rheinland-Pfalz sein.

Selbstverständlich steht die Landesregierung für Erörterungen zur Verfügung.“

In einem weiteren Schreiben vom gleichen Tage hat der Herr Ministerpräsident ausgeführt:

„Nachdem ich das Kabinett informiert habe, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass ich beabsichtige, als Nachfolger des ausgeschiedenen Ministers der Finanzen, Herrn Prof. Dr. Ingolf Deubel, den derzeitigen Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Herrn Dr. Carsten Kühl, am 10. Juli 2009 zum Minister der Finanzen zu ernennen.“

Die Fraktionen haben am 7. Juli 2009 darum gebeten, für die Plenarsitzung am 10. Juli 2009, also heute, nach der Bestätigung und Vereidigung eines Mitglieds der Landesregierung folgenden Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung zu setzen: „Projekt Nürburgring 2009“.

Meine Damen und Herren, dementsprechend haben wir eine Tagesordnung mit zwei Punkten. Ich frage Sie, ob

Sie Hinweise für die Tagesordnung haben. – Dann ist die Tagesordnung so festgestellt.

Ich rufe nun **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Bestätigung und Vereidigung eines Mitglieds der
Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 und
Artikel 100 der Verfassung für Rheinland-Pfalz**

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie, verehrter Herr Präsident, eben dem Hohen Haus dargestellt haben, möchte ich auch meinerseits mitteilen, dass Herr Staatsminister Professor Dr. Ingolf Deubel als Mitglied der Landesregierung ausgeschieden ist.

Herr Kollege Professor Dr. Deubel hat der Landesregierung seit dem 18. Mai 2006 als Minister der Finanzen angehört. Zuvor war er bereits seit 1. Mai 1997 Staatssekretär im Ministerium der Finanzen.

Ich möchte dem ausgeschiedenen Kollegen Professor Dr. Deubel für seine Dienste für das Land Rheinland-Pfalz herzlich Danke schön sagen, ihm Respekt bezeugen für die politische Verantwortung, die er übernommen hat, und ihm für die Zukunft alles Gute wünschen.

(Beifall der SPD und des Abg. Wirz, CDU)

Als Nachfolger von Herrn Professor Dr. Deubel habe ich nach Artikel 98 unserer Verfassung Herrn Dr. Carsten Kühl zum Minister der Finanzen ernannt.

Ich möchte Ihnen ferner mitteilen, dass der Abgeordnete Alexander Schweitzer Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau werden soll. Ich beabsichtige, die entsprechenden formalen Voraussetzungen in der Kabinettsitzung am kommenden Dienstag herbeizuführen und dann die Ernennung zu vollziehen.

Verehrter Herr Präsident, ich darf Sie bitten, durch das Hohe Haus gemäß Artikel 98 Abs. 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz die Bestätigung für Herrn Dr. Carsten Kühl als Minister der Finanzen herbeizuführen und gemäß Artikel 100 der Verfassung für Rheinland-Pfalz die Vereidigung vorzunehmen.

Ich danke Ihnen.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte diejenigen im Hause, die der Bestätigung zustimmen möchten, sich vom Platz zu erheben! – Ich stelle fest, das ist

die Mehrheit des Hauses. Ich danke Ihnen. Damit ist Herr Dr. Carsten Kühl als Minister bestätigt.

Meine Damen und Herren, nun beginnt die Vereidigung. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben, und bitte Herrn Staatsminister Dr. Kühl zu mir.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Herr Minister Kühl, Sie müssen jetzt den Diensteid schwören. Ich darf Ihnen den Text vorsprechen:

Ich schwöre, –

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Ich schwöre, –

Präsident Mertes:

– dass ich mein Amt unparteiisch, –

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

– dass ich mein Amt unparteiisch, –

Präsident Mertes:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen –

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen –

Präsident Mertes:

– zum Wohl des Volkes führen werde.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

– zum Wohl des Volkes führen werde.

Präsident Mertes:

Herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen viel Glück auf Ihrem Weg und gute Hand.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD –

Die Abgeordneten Hartloff, SPD, Baldauf, CDU, und Mertin, FDP, gratulieren Staatsminister Dr. Kühl)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**„Projekt Nürburgring 2009“
auf Antrag der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP**

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Gelegenheit, namens der Landesregierung zu dem hier auf der Tagesordnung stehenden Punkt „Ereignisse um den Nürburgring“ Stellung nehmen zu können.

Das Land Rheinland-Pfalz als Haupteigentümer und der Miteigentümer des Nürburgrings, der Kreis Ahrweiler, haben den Ausbau des Nürburgrings als ganzjährigen attraktiven Anziehungspunkt über die Formel 1 hinaus in die Wege geleitet. Dies ist für die Region und weit darüber hinaus ein zentrales Zukunftsprojekt.

Nach Möglichkeit sollte hierbei in nennenswertem Umfang auch privates Kapital zur Finanzierung einbezogen werden. Gerade dies ist von allen Fraktionen immer wieder gefordert worden. Dass dieser Weg durch die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht einfacher geworden ist, ist für jeden einsichtig.

Das in Rede stehende private Finanzierungsmodell ist seit Anfang dieser Woche gestoppt, weil die zu seiner Realisierung notwendigen Geldflüsse trotz vielfacher Inaussichtstellung nicht zustande gekommen sind.

Ich habe im Einvernehmen mit dem Kabinett und ausdrücklicher Zustimmung des früheren Finanzministers darauf bestanden, dass vor der Eröffnung am 9. Juli 2009 Klarheit über die Finanzierung zu schaffen ist. Selbstverständlich gilt – rückwirkend betrachtet –, wir hätten früher die Reißleine ziehen müssen. Dies nicht getan zu haben, war – in der Rückschau – ein Fehler. Die Nürburgring GmbH hat die Verträge im Zusammenhang mit dem geplanten Finanzierungsmodell am 8. Juli 2009 gekündigt.

Nach Kenntnis der Landesregierung lagen zu diesem Zeitpunkt keine belastbaren Anhaltspunkte für Straftaten vor. Allerdings haben uns die offensichtlichen Unklarheiten veranlasst, die Nürburgring GmbH zu bitten, die Sachverhalte der Staatsanwaltschaft vorzulegen.

Gemäß Artikel 104 der Landesverfassung leitet jeder Minister/jede Ministerin seinen/ihren Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. So sagt es unsere Verfassung.

Professor Dr. Deubel hat im Kabinett und gegenüber dem Ministerpräsidenten anlassbezogen über das „Projekt Nürburgring“ berichtet. Aus diesen Berichten ergab sich kein begründeter Zweifel an der ordnungsgemäßen Durchführung sowohl des Baus als auch der Finanzierung.

Etwaige Zweifel von außen wurden von ihm durch plausible Erklärungen stets ausgeräumt.

(Licht, CDU: Das ist doch lächerlich! – Zurufe von der CDU: Oh!)

Nach den Aussagen des Finanzministers, die sich auch auf die Compliance-Prüfungen der Banken bezogen, ergab sich für mich kein Grund, den eingeschlagenen Finanzweg infrage zu stellen.

Am vergangenen Freitag hat Herr Professor Dr. Deubel den Mitgliedern der Landesregierung mitgeteilt, dass der Geldfluss noch nicht erfolgt sei, obwohl ihm Unterlagen vorgelegt worden waren, die eben diesen Geldfluss nachweisen sollten.

(Licht, CDU: Zum 17. Mal hat er vergessen zu sagen!)

Es konnte auch über das Wochenende keine Klarheit geschaffen werden. Deshalb war klar, dass der eingeschlagene Finanzierungsweg nicht mehr weitergegangen werden konnte.

Herr Professor Dr. Deubel hat für das Scheitern der Privatfinanzierung nicht nur, wie es ihm die Verfassung gebietet, die volle fachliche, sondern darüber hinaus auch die politische Verantwortung übernommen und seinen Rücktritt angeboten, den ich angenommen habe. Es ehrt ihn, dass er dies getan hat. Rheinland-Pfalz verliert damit einen bundesweit hoch geschätzten Finanzpolitiker.

Die seit Anfang Juni 2009 bei der UBS-Bank in der Schweiz auf einem eigenen Nürburgring-Konto depotierten 95 Millionen Euro werden von der Nürburgring GmbH wieder dem Liquiditätspool des Landes Rheinland-Pfalz zugeführt. Die entsprechende Überweisung von der UBS auf ein Konto der Nürburgring GmbH bei der LBBW ist durch die beiden verfügungsberechtigten Vertreter der Nürburgring GmbH, Herrn Lippelt sowie Herrn Nuss-Kaltenborn, am 8. Juli 2009 veranlasst worden. Die Nachweise darüber liegen der Landesregierung vor. Auf Wunsch biete ich den Fraktionsvorsitzenden an, diese Nachweise vertraulich einzusehen.

Sie liegen mir vor, und ich kann Ihnen bestätigen, das entsprechende Konto ist mit 95 Millionen Euro plus der Zinsen, die der Nürburgring GmbH zustehen, ausgewiesen. Darüber hinaus liegt mir der entsprechende Verfügungsauftrag vor, der mit Ausführung „sofort“ eine Überweisung dieser Summe von 95 Millionen Euro von der UBS AG Sankt Gallen an die Nürburgring GmbH auf das entsprechende Konto bei der LBBW anweist.

Ich bitte um Verständnis, dass wir diesen vertraulichen Weg wählen, weil die entsprechenden Konto-Nummern, Überweisungen und Schutznummern auf diesen Auszügen ausgedruckt sind. Ich glaube, es ist insoweit verständlich, dass man diesen Weg wählt.

Wir haben darüber hinaus vom gestrigen Abend, bestätigt am heutigen Morgen, die Nachricht über die LBBW und deren Nachfragen und über die Nürburgring GmbH,

dass das Geld zwischenzeitlich die UBS verlassen hat und auf dem Weg auf das Konto der LBBW ist.

(Schreiner, CDU: Ist das Konto jetzt leer? – Unruhe bei der CDU)

Ich möchte noch einmal betonen, die Nürburgring GmbH hat zu jedem Zeitpunkt über die Möglichkeit einer konventionellen Finanzierung mit einer entsprechenden Landesgarantie verfügt. Dieser Weg wird jetzt besprochen.

Die Nürburgring GmbH wird 185 Millionen Euro am Kapitalmarkt zu Staatskonditionen aufnehmen. Sie werden vom Land Rheinland-Pfalz verbürgt. Wie bei jedem Unternehmen mit einer Landesbürgschaft wird auch die Nürburgring GmbH Zins und Tilgung für den Kredit leisten.

Entgegen wiederholter Behauptungen entsteht daraus für den Steuerzahler keine Belastung.

(Zurufe von der CDU)

Ich wiederhole, entgegen wiederholter Behauptungen entsteht daraus für den Steuerzahler keine Belastung.

(Licht, CDU: Das ist eine genauso plausible Erklärung wie von Herrn Deubel! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege Licht, wenn Sie die Erklärung abgeben möchten, dann räume ich gern das Pult. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei der CDU – Licht, CDU: Dazu werden Sie noch Zeit haben, das wird noch kommen! – Pörksen, SPD: Darauf werden Sie lange warten müssen!)

Der Motorsport Resort Nürburgring GmbH, die die folgenden Teilprojekte Lindner Congress- & Motorsporthotel, das „Eifeldorf Grüne Hölle“, den Lindner Ferienpark und die Personalhäuser in Adenau realisiert hat, waren, wie bereits dargestellt, vor dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftskrise Finanzierungsquellen weggebrochen. Die für Immobilienfinanzierungen zuständige Tochter der Investitions- und Strukturbank RIM hat deshalb einen Finanzierungsanteil in Höhe von rund 85 Millionen Euro übernommen.

(Billen, CDU: 85 Millionen Euro! – Licht, CDU: Es werden jeden Tag mehr!)

– Sie hat rund 85 Millionen Euro übernommen.

(Licht, CDU: Bis jetzt, vorgestern waren es 80!)

Um die Eigenkapitalbasis der Nürburgring GmbH abzusichern, soll vom Land ein Gesellschafterdarlehen bereitgestellt werden, und zwar in Höhe von je 5 Millionen Euro in 2009 und 2010. Dies dient der Zukunftssicherung des Unternehmens.

Wie bei anderen Unternehmen und anderen Investitionen sind für die Prüfung verschiedener Finanzierungsmodelle Kosten insbesondere für anwaltliche und wirtschaftliche Beratungen entstanden. Sie belaufen sich in den letzten drei Jahren auf ca. 2,5 Millionen Euro.

Wie ich Ihnen bereits in der letzten Landtagsdebatte zugesichert habe, wird die Landesregierung das Parlament fortlaufend über die Fragen der Finanzierung des Projektes Nürburgring 2009 informieren.

(Licht, CDU: Anders als in der Vergangenheit!)

Die Landesregierung wird am kommenden Dienstag über die neue Zusammensetzung ihrer Vertreter im Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH entscheiden. Ich werde dafür Herrn Wirtschaftsminister a. D. und ehemaligen Leiter des BASF-Kompetenzzentrums Umwelt, Gesundheit und Sicherheit, Ernst Schwanhold, Herrn Staatsminister a. D. Gernot Mittler und den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Rheinland-Pfalz, Herrn Friedhelm Plogmann, vorschlagen.

Ich habe Herrn Schwanhold gebeten, für den Vorsitz im Aufsichtsrat zu kandidieren. Ich bin mir sicher, dass diese herausragenden Persönlichkeiten gemeinsam mit dem jetzigen stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Landrat Dr. Jürgen Pföhler, die anstehenden Aufgaben hervorragend meistern werden.

(Beifall der SPD)

Herr Landrat Dr. Pföhler ist von der Absicht dieser Benennungen informiert und in vollem Umfang einverstanden.

Ich will die Gelegenheit nutzen, ihm und allen politischen Kräften in der Eifelregion, sowohl im Landkreis Ahrweiler als auch in den benachbarten Landkreisen, für eine völlig gemeinsame Positionierung in diesen Fragen und für eine Unterstützung dieses Projekts, das wir absolut gleich hinsichtlich seiner Bedeutung für die Region und ganz Rheinland-Pfalz bewerten, sehr herzlich zu danken.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Das macht die Finanzierung
nicht besser!)

Verehrte Damen und Herren, ungeachtet der Tatsache, dass diese Finanzierung wie geprüft nicht zustande kam, und ungeachtet der Tatsache, dass ich dies entsprechend gewertet habe und dass in einer Weise von der Landesregierung Verantwortung übernommen worden ist, wie dies in vergleichbaren Fällen durchaus nicht überall in der Republik der Fall ist,

(Licht, CDU: Jetzt geben Sie sich der Lächerlichkeit
preis! –
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU, und
weitere Zurufe von der CDU)

geht es um eine ganz bedeutende Zukunftsinvestition für dieses Land Rheinland-Pfalz. Das, was von jedem Unternehmer erwartet wird, nämlich rechtzeitig zu investieren und auf Zukunft zu setzen, muss auch für ein Unter-

nehmen gelten, das in diesem Fall zu 90 % in der Hand des Landes als Eigentümer und zu 10 % in der Hand eines Landkreises ist.

(Beifall der SPD)

Wer ein solches Unternehmen werthaltig halten will, gerade in einem Bereich, in dem es um Höchsttechnologie geht, wer ein solches Unternehmen werthaltig halten will, gerade vor dem Hintergrund des Automobilsports, in dem niemand sagen kann, wie die weltweiten Entwicklungen der Zukunft sein werden, muss darauf setzen, eine breitere Absicherung der regionalen Wirkungen herbeizuführen.

Das hat die Landesregierung nach gründlicher Prüfung und nach entsprechenden Wirtschaftlichkeitsgutachten gemeinsam mit dem Mitgesellschafter und in großer Übereinstimmung mit ihm so entschieden. Diese Entscheidung war richtig. Sie wird von uns in vollem Umfang getragen. Es ist gut für die Menschen in der Eifel, es ist gut für die Menschen in der gesamten Region und in Rheinland-Pfalz, wenn wir mit diesem Projekt erfolgreich sind. Um diesen Erfolg wird zu ringen sein, so wie bei jeder anderen Investition. Tausende von Unternehmerinnen und Unternehmern ringen um den Erfolg. Wir werden diesen Erfolg haben, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall der SPD)

Ich will darüber hinaus deutlich machen, dieses Investment hat in dieser schwierigen wirtschaftlichen Zeit dazu beigetragen und trägt dazu bei, dass fast durchgängig eine Größenordnung von rund 700 Menschen an dieser Baustelle Brot und Arbeit gefunden hat und dass eine Vielzahl von Unternehmen dort Aufträge gefunden hat,

(Licht, CDU: Einige mehr, andere weniger!)

darunter 38 Unternehmen aus dem Land Rheinland-Pfalz, zwei Drittel davon aus der Region Eifel oder aus den umliegenden Landkreisen und Städten. Ich finde, das ist eine beachtliche Aussage, die wir nicht mit jedem Investment erreichen können.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich darüber hinaus sagen, dass all diejenigen, die gestern die Chance genutzt haben, bei der Einweihung dabei zu sein und vor allen Dingen das Projekt zu sehen und zu erleben, nicht anders können, als festzustellen, das ist ein beachtliches Investment und eine beeindruckende Angebotspalette, die es dort geben wird.

(Beifall der SPD)

Das macht uns – die gesamte Region, die Verantwortlichen dort und die Landesregierung – zuversichtlich, dass die gesteckten Ziele, 500.000 Menschen zusätzlich im Jahr in die Eifel, in diese Region auch aus diesem Anlass und Erlebnis heraus zu bekommen, erreichbar sind und auch erreichbar ist, dass wir zusätzlich pro Jahr in dieser Region von 200.000 Übernachtungen ausgeben können.

Das wird Impulse setzen. Es wird der grundlegenden Politik der Landesregierung erneut Rechnung tragen, nämlich dort, wo wir Strukturschwäche haben, mit unseren Möglichkeiten dazu beizutragen, dass Menschen und Geld in eine Region gesteuert werden, um daraus die endogenen Kräfte dieser Region zu stärken und sich entwickeln zu lassen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir dies erreichen und von der Weinwirtschaft über die Hotellerie und Gastronomie bis hin zu den unterschiedlichsten Bereichen sehr positive Impulse von diesem Investment ausgehen werden.

(Beifall der SPD)

Ich rate Ihnen, bevor Sie sich ein Urteil bilden, sich den Gewerbe-, Industrie- und Hochtechnologiepark, der unmittelbar anschließend am Nürburgring in den letzten Jahren entstanden ist, einmal anzuschauen. Es ist beeindruckend: vorher grüne Wiese, heute Unternehmen im Hightechbereich im Zusammenhang mit Motor- und Automobiltechnologie als Schwerpunkt. –

Die Bürgermeister der Region, mit denen ich gestern gesprochen habe, insbesondere auch der Bürgermeister von Adenau, haben mit Stolz und zu Recht darauf hingewiesen, welche Impulse bereits heute in der Stadt zu sehen sind, nicht nur die entsprechende Wohnrichtung für die Beschäftigten in diesem Bereich, die fertig ist, sondern auch eine Reihe von Investments von international tätigen Unternehmen, die in der Umsetzung sind. Herr Landrat Dr. Pföhler hat in seiner Rede gestern bei der Eröffnungsfeier darauf hingewiesen, wie viele Beträge unabhängig von dem Investment der Nürburgring GmbH inzwischen im Bereich dieser Region getätigt worden sind. Es sind viele in Millionenhöhe getätigte Investitionen, die durch diesen Impuls bereits heute ausgelöst sind.

(Bracht, CDU: Das macht Ihr Finanzgebaren nicht besser!)

– Es lohnt sich einfach nicht mehr, manche Zwischenrufe aufzunehmen. Lieber Herr Kollege Bracht, an Ihrer Stelle wäre ich ganz vorsichtig, über Finanzgebaren öffentlich zu reden.

(Starker Beifall der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: So ist es! –
Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir dürfen davon ausgehen – – –

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das zeigt alles! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Sie werden sehen, wie viel Freude Sie mit Ihrer Position in der Region in der Zukunft haben werden.

Meine Damen und Herren, wir dürfen davon ausgehen – das ist nicht unsere Prognose, sondern die von Fachleuten –, dass in einer Größenordnung von 1 : 3 Impulse in den Arbeitsmarkt und in die regionale Wirtschaft ausgehen. Es wird dabei von ca. 50 Millionen Euro zusätzlicher Wertschöpfung pro Jahr gesprochen, und es wird, was den öffentlichen Ertrag angeht, also Sozialversiche-

rung, Steuern und Abgaben der unterschiedlichen Art, noch einmal für die Region und für unser Gemeinwesen insgesamt von weiteren 50 Millionen Euro gesprochen.

Meine Damen und Herren, es sind 500 Arbeitsplätze weitestgehend neu entstanden, und es werden rund 1.000 Arbeitsplätze unmittelbar um den Ring herum und auf dem Ring gesichert. Der Landrat hat gestern – ich glaube, seine Zahlen sind durchaus realistisch – von 2.500 Arbeitsplätzen gesprochen, die durch dieses Investment entstehen, gesichert oder stabilisiert werden.

Ich finde, das alles lohnt in hohem Maße die Anstrengungen. Ich rede diesen gescheiterten Versuch der Privatfinanzierung keinen Moment schön. Deutlicher als wir kann niemand Verantwortung übernehmen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie aber herzlich bei allem Respekt und bei aller Kenntnis um die politische Auseinandersetzung in einer Demokratie darum, dass wir nicht den Versuch unternehmen, diese unglaublich große Chance für die Eifelregion zu schädigen, sondern dass wir die politische Auseinandersetzung führen,

(Starker Beifall der SPD –
Licht, CDU: Das haben Sie doch gemacht! –
Weitere Zurufe von der CDU)

dass wir die politische Auseinandersetzung führen,

(Bracht, CDU: Jetzt will er uns auch noch die Schuld geben dafür! –

Licht, CDU: Sie haben überhaupt noch nichts zu Kafitz gesagt, überhaupt noch nichts zum Management gesagt!)

aber dass wir – – –

(Weitere Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich wäre dankbar, wenn das nicht auf meine Redezeit angerechnet würde.

(Zurufe von der CDU)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, wir haben doch noch eine Aussprache!

Beck, Ministerpräsident:

Meine Damen und Herren, ich nehme die Sachlichkeit der Zwischenrufe der CDU-Fraktion zur Kenntnis.

(Dr. Weiland, CDU: Sie sind der größte Feind des Nürburgrings! –

Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Widerspruch bei der SPD –

Dr. Weiland, CDU: Sie haben den Namen des Nürburgrings in den Dreck gezogen. –
Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer – – –

(Licht, CDU: Reden Sie doch einmal mit den Leuten da! Da gibt es durchaus andere Meinungen in der Region!)

– Ich kann Sie übertönen, aber ich will es aus Respekt nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt – ich sage noch einmal, bei allen politischen Auseinandersetzungen –, dass wir eine gemeinsame Verantwortung haben, ein solches Projekt zukunftsfähig zu machen. Das gilt so wie für alle anderen großen Projekte, die wir zu einem großen Teil – ja, fast ausschließlich – gegen den Protest der Opposition durchführen und umsetzen mussten. Ich bin überzeugt davon, dass auch diese große Investition in wenigen Jahren als ein ganz wichtiger, auch international wahrgenommener Standortvorteil für unser ganzes Land und besonders für die Region wahrgenommen wird.

(Pörksen, SPD: Nicht einmal das wollt Ihr!)

Darauf kommt es an. Es geht darum, auf Dauer den Nutzen für dieses Land zu mehren. Das tut die Landesregierung. Das tut der Landkreis als Miteigentümer. Das tut die Region. Lassen Sie uns das gemeinsam auch tun.

(Anhaltend starker Beifall der SPD –
Licht, CDU: Zu Kafitz haben Sie noch nichts gesagt!)

Präsident Mertes:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die Aussprache fort. Das Wort hat Herr Kollege Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle unsere Befürchtungen haben sich bestätigt. Alle unsere Fragen, unsere Zweifel zu dubiosen Finanzierungen, zu halbseidenen Geschäftspraktiken und zu Geschäftspartnern, die wir immer wieder in den vergangenen Monaten im Plenum und in den Ausschüssen vorgebracht haben, waren mehr als berechtigt.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, was ist passiert, außer dass ein Finanzminister zu Recht seinen Hut genommen hat? Um in der Zukunft zu bestehen, sollte der Nürburgring attraktiver werden

(Frau Raab, SPD: Das ist er geworden!)

für die Menschen und die Arbeitsplätze in der Eifel, aber unter anderen Bedingungen. Das, was die Landesregierung daraus machen wollte, einen Giganto-Freizeitpark mit billigem Geld, erschien der Opposition schon seit Langem etliche Nummern zu groß.

Darf ich Sie an Ihre ursprünglichen Zahlen erinnern? Die Landesregierung erklärte zunächst 2004, das Projekt koste 150 bis 200 Millionen Euro, Herr Ministerpräsident. 80 Prozent davon sollten Privatinvestoren tragen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Hört, hört!)

Später werden dann aus den 80 Prozent 50 Prozent. Jetzt legen wir noch einmal 100 Millionen Euro drauf, aber es gibt keinen privaten Investor mehr.

(Licht, CDU: Das sind die Fakten! –
Unruhe bei der SPD)

Von den zusätzlichen Finanzierungskosten ganz zu schweigen, und der rheinland-pfälzische Steuerzahler zahlt voll, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU und der FDP –
Hartloff, SPD: Stimmt zwar nicht so, aber das kümmert ihn nicht!)

Was ist aus den Nürburgring-Plänen geworden? Ein zweifelhaftes Projekt mit zweifelhafter Rentabilität. Herr Ministerpräsident, Experten befürchten, der Nürburgring ist nicht in die Gewinnzone zu bringen. Das Konzept sei nicht stimmig. Hochriskant, überdimensioniert. Statt soliden Finanzierungsplänen präsentiert die Landesregierung darüber hinaus ein windiges Finanzierungsabenteuer und versucht, die Öffentlichkeit und das Parlament außen vor zu lassen.

Es gab zu vielen Zeitpunkten die Möglichkeit, Korrekturen vorzunehmen, innezuhalten und die Reißleine zu ziehen. Das war im Oktober 2008, im Dezember 2008 und danach fast jede Woche. Herr Ministerpräsident, Sie hätten Dutzende Male die Reißleine ziehen können. Sie wollten nicht, Sie konnten nicht.

Jeder Privatkunde weiß, dass kurzfristig hohe Renditen immer mit hohem Risiko verbunden sind.

(Beifall der CDU und der FDP)

Das sagt im Übrigen auch der gesunde Menschenverstand. So kann man kein Land regieren. 50 Millionen Euro wollten Sie bei einem Investment in dreistelliger Millionenhöhe einsparen. Meine Damen und Herren, eine Landesregierung ist aber kein Kasino.

(Beifall der CDU und der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben erklärt, dass Sie die Vorwürfe gegen den Geschäftsmann Barandun schon länger kannten. Er ist offenbar ein Betrüger, der schon mit diversen Projekten Schiffbruch erlitten und dabei viel Geld verloren hat, so wie die übrigen Investoren auch. Barandun sollte aber für die Landesregierung unbedingt die Rolle des Geldbeschaffers übernehmen. Es fand sich auch sonst keiner dafür. Erst präsentiert Barandun arabische Scheichs, dann lockt er mit amerikanischen Lebensversicherern, und danach soll ein reicher Onkel aus Amerika den Geldsegen bringen. Finanzminister Deubel hat noch nicht einmal Ihnen, Herr Ministerpräsi-

dent, verraten, um wen es sich bei diesem potenten Geldgeber handelt.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Angeblicher!)

Ich bin fassungslos, dass Sie so etwas nicht mitgeteilt bekommen haben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU und der FDP)

Sie lassen ein Konto mit 95 Millionen Euro auffüllen und wissen zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal, wer damit beeindruckt werden soll, wer der große Unbekannte ist. Herr Ministerpräsident, das ist nicht nur unverantwortlich, sondern das ist der eigentliche Skandal im Skandal.

(Beifall der CDU und der FDP)

Man bedenke, Sie lassen Ihren Finanzminister völlig undurchsichtige Transaktionen durchführen und informieren sich nicht darüber. Sieht so Richtlinienkompetenz aus? Unsere Landesverfassung gibt vor, dass die Regierung keine wichtigen Fakten verschleiern darf, wenn sie mit Steuergeldern hantiert.

Herr Ministerpräsident, Sie haben noch am 24. Juni im Plenum im Rahmen der Aktuellen Stunde zum Nürburgring gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten –: „Gehen Sie davon aus, dass der Regierungschef dieses Landes genau das tut, was nach der Verfassung seines Amtes ist, nämlich die Richtlinien der Politik zu überprüfen und mit vorzugeben und zusammen mit dem Parlament auf deren Einhaltung zu achten.“ Herr Ministerpräsident, genau davon gehe ich inzwischen nicht mehr aus. Das, was Sie zugelassen haben, ist verantwortungslos.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Was für ein Blödsinn!)

Das hat nichts damit zu tun, was nach der Verfassung Ihr Amt wäre.

Sie haben weiter gesagt, dass Ihnen – ich zitiere – „nach sorgfältiger Begutachtung zur Kenntnis gekommen ist, dass es für mich keinen Anlass gibt, an der Seriosität dieser Finanzierung zu zweifeln.“

(Unruhe bei der CDU)

Das nennen Sie sorgfältige Begutachtung? Ich darf weiter zitieren mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten: „Die Aufgabe des Ministerpräsidenten ist es, sich darüber einen Überblick zu verschaffen. Diesen Überblick habe ich.“

(Unruhe bei der CDU)

Das sagten Sie. Tatsächlich, Sie haben den Überblick über Pläne von billigem Geld, die immer wieder scheitern, Fondsgeschäfte mit amerikanischen Lebensversicherungen über diverse Finanzdienstleister und Kreditvermittler?

Was ist mit dem Geschäftsführer der Nürburgring GmbH, Kafitz, und seinen Beratern, Berater, die schon beim Bremer Space Park grandios scheiterten?

(Vereinzelt Beifall bei CDU und FDP)

Was ist mit Geldern, die über Luxemburg, über die Schweiz in die Eifel rollen sollten, Bardepots, die eröffnet und dann wieder geschlossen werden, in die erst 80 Millionen Euro und dann 95 Millionen Euro aus dem Liquiditätspool des Landes fließen? Das waren Geschäftsmodelle, die von Anfang an Rätsel aufgaben. Das alles nennen Sie sorgfältige Begutachtung und den Überblick haben? Merkwürdige Hintermänner, windige Offerten.

Einem kritischen Journalisten wird der Staatsanwalt ins Haus geschickt. Dann kursieren merkwürdige E-Mails, Termine werden nicht eingehalten, die Ampeln schalten von Gelb über Rot auf Grün, Fristen verstreichen immer wieder, Kontoauszüge werden vorgelegt, aus SWIFTS werden Millionen zitiert, Schecks tauchen auf und sind plötzlich ungedeckt, Bankdirektoren verschwinden im Urlaub, eine Bank verschwindet sogar gänzlich, Baradun sagt, es sei die erste Rate an die Nürburgring GmbH überwiesen worden,

(Harald Schweitzer, SPD: So wie Eure Fraktionskasse verschwindet!)

aber das Geld ist nicht da. Das nennen Sie sorgfältige Begutachtung und den Überblick haben?

(Beifall der CDU und der FDP)

Dann reisen zwei Beauftragte der Nürburgring GmbH nach Zürich. Ihr Auftrag ist es, die 95 Millionen Euro schleunigst zurückzuholen. Die dürften laut Deubel aus steuerlichen Gründen im Übrigen dort nur einen Tag liegen.

(Licht, CDU: Ja, so erklärt!)

Herr Ministerpräsident, den Scheck müssen Sie dieses Mal selbst präsentieren. Ich bin sehr gespannt. Wir erwarten von Ihnen einen klaren schriftlichen Beleg, dass die Summe plus Zinsen auf Heller und Pfennig – das ist das Geld, das das Land Rheinland-Pfalz zur Verfügung gestellt hat – wieder nach Rheinland-Pfalz kommt. Herr Ministerpräsident, ich werde ganz genau prüfen, ob dem so ist.

(Beifall der CDU und der FDP – Unruhe bei der SPD)

Außerdem erwarte ich eine klare Antwort auf die Frage, wie viel Baradun für seine zweifelhaften Dienste kassiert hat. Wie hoch ist seine Provision?

(Harald Schweitzer, SPD: Weniger, wie der Jullien gekriegt hat!)

Wie viel hat das Land bisher wirklich verloren?

Herr Ministerpräsident, Sie selbst haben den Schaden auf ca. 2,5 Millionen Euro beziffert. Ich will von Ihnen

eine schriftliche Auflistung, wie sich diese 2,5 Millionen Euro zusammensetzen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Uns reicht es nicht mehr, wenn Sie sagen, Sie hätten den Überblick. Wir möchten, dass endlich das Parlament und die Öffentlichkeit den Überblick haben. Das darf nicht nur ein Fall für die Staatsanwaltschaft sein.

(Beifall der CDU und der FDP)

Herr Ministerpräsident, Ihre Landesregierung hat über Monate hinweg spöttisch und mit Hohn alle Bedenken, alle Fragen und alle Befürchtungen der Opposition beiseite gewischt. Auf die Frage nach Risiken des Projekts haben Sie, Herr Ministerpräsident, noch vor drei Wochen auf einer Pressekonferenz wörtlich erklärt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: „Wenn der Himmel einstürzt, sind im Leben immer alle Spatzen tot.“

Auch so kann man Bedenken einfach vom Tisch wischen. Aus diesem Satz spricht nur ein Einziges, nämlich eine unglaubliche Arroganz, und zwar die Arroganz des Ministerpräsidenten dieses Landes.

(Beifall der CDU –
Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Hier geht es beileibe nicht um Spatzen, sondern um Millionen und unser aller Geld. Ich glaube nicht, dass der Steuerzahler wirklich nur auf 2,5 Millionen Euro sitzen bleiben wird.

Herr Ministerpräsident, Ihr Höhenflug wird viel mehr kosten. Was ist mit der gigantischen PR-Maschinerie, die Sie um den Nürburgring und die Eröffnung herum aufgebaut haben? Wie viel kostet etwa das Lächeln von Boris Becker den Steuerzahler?

(Beifall bei der CDU)

Es soll um eine hohe Summe gehen. Weshalb ein so bombastischer Stil der Eröffnungsfeier? Sie soll bis zu einer halben Million Euro gekostet haben. Wäre es nicht angesichts der schwierigen finanziellen Situation auf dem Nürburgring und im Übrigen im Land auch eine Nummer kleiner gegangen?

Herr Ministerpräsident, Party auf Pump – das ist Ihr Regierungsstil!

(Beifall der CDU)

Durch Ihre Amtszeit und all Ihre Projekte – das gilt sowohl auf Landes- als auch auf Kommunalebene – zieht sich vor allem ein roter Faden.

(Frau Raab, SPD: Die sind alle erfolgreich!)

– Die sind so erfolgreich wie Sie, Frau Raab. Sie scheuen keine Mühe und vor allem kein Geld, um sich Popularität zu erkaufen. Schauen wir nach Kaiserslautern, Investitionen des Landes in zweistelliger Millionenhöhe. Stefan Kuntz muss jetzt Ihren Scherbenhaufen wegräumen, Herr Ministerpräsident. Schauen wir zum Bahnhof

Rolandseck, ein millionschweres Arp-Museum ohne Arp-Kunstwerke.

(Zurufe von der SPD)

Schauen wir zum Flughafen Hahn, bei dem der Privatinvestor Fraport aussteigt, weil er nicht in die Gewinnzone fliegt.

Jedes Großprojekt, das diese Landesregierung anpackt, droht zu scheitern und belastet die Steuerzahler im Land.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, wie wollen Sie eigentlich all diese Projekte den Lehrerinnen und Lehrern, den Nachtschwestern im Krankenhaus, den Erzieherinnen und den Polizisten im Wechselschichtdienst erklären, die unter schwierigsten Bedingungen arbeiten und mit ihren Steuern all diese nicht nachhaltig finanzierten Projekte stemmen müssen?

Die Haushaltspolitik der SPD hat vor allem nur ein Ziel, nämlich die Macht von Kurt Beck abzusichern. Dafür nehmen Sie in Kauf, die Verschuldung unseres Landes in dramatische Höhen zu treiben. Dafür nehmen Sie trickreiche Finanzkonstruktionen in Kauf. Das ist eine kaum durchschaubare Haushaltswirtschaft.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Kein anderes Bundesland hat Zahl und Umfang der Nebenhaushalte, in denen die rasante Verschuldung versteckt wird, derart systematisch aufgebaut wie Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Für all das hatten Sie einen ausgewiesenen Spezialisten im Team, nämlich Finanzminister Deubel, getreu nach dem Motto: Ingolf schaff das Geld herbei!

Es war auch dieses Mal am Nürburgring so, und zwar Trickereien, Täuschungen, Halbwahres.

(Hartloff, SPD: Wo sollen denn da
Täuschungen sein?)

Sieht so das von Ihnen so gern zitierte Handeln des ehrbaren Kaufmannes aus? Nein, wer verantwortlich mit dem Geld der Bürger umgehen will, muss auch Nein sagen können. Der darf nicht alles Geld für seine Popularität riskieren.

(Noss, SPD: Das sagt der Richtige!)

Der darf solide Finanzen nicht dem eigenen Erfolg opfern.

Herr Ministerpräsident, Sie hätten diesen Weg so niemals gehen dürfen.

(Beifall der CDU)

Ich hoffe für die Menschen in der Eifel und den rheinland-pfälzischen Steuerzahler, dass ein Totalschaden am Nürburgring ausbleibt.

(Noss, SPD: Reden Sie doch nichts herbei! –
Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn er aber kommt, dann ist eines klar: Die Verantwortung für das Finanzabenteuer tragen Sie ganz alleine.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, das Projekt Nürburgring ist Ihnen entglitten. Entweder haben Sie in den letzten Wochen und Monaten bewusst die Unwahrheit gesagt, als Sie immer wieder die Seriosität der Finanzierung betonten, oder Sie waren im Einzelnen nicht im Bilde, und das bei einem Schlüsselprojekt des Landes.

(Ramsauer, SPD: Das ist ungeheuerlich! –
Licht, CDU: Herr Ramsauer hat recht!)

Deshalb rufe ich Ihnen zu: Schluss mit den Illusionen am Nürburgring! Machen Sie eine schonungslose Bestandsaufnahme und einen ehrlichen Kassensturz! Herr Ministerpräsident, setzen Sie ein neues Management auf dem Ring ein, das nach Kompetenz ausgesucht wird!

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, der Staat hat eine Vorbildfunktion. Er ist mit seinen Finanzen zu Transparenz und Kontrollierbarkeit verpflichtet.

(Noss, SPD: Die CDU-Fraktion auch!)

Seine Geschäfte müssen jederzeit öffentlich nachvollziehbar sein.

(Ramsauer, SPD: So etwas Unverfrorenes!)

Eine Landesregierung darf sich nicht wie ein Finanzjongleur oder ein gewissenloser Finanzhai gebärden.

Bei dem Umgang mit Steuergeldern bestehen besondere Sorgfaltspflichten. Diese hat die Landesregierung beim „Projekt Nürburgring 2009“ definitiv verletzt.

(Zuruf von der SPD: Die prüft der Rechnungshof gerade bei Ihnen!)

Die CDU-Fraktion verlangt deshalb Aufklärung. Diese Aufklärung haben die Landesregierung, der Finanzminister und vor allem Kurt Beck dem Parlament versagt. Ihre Informationspolitik ist geprägt von Hinhalten, Halbwahrheiten und Ausflüchten.

(Hartloff, SPD: Nichts davon stimmt, was Sie sagen!)

Es reicht auch nicht aus, den Finanzminister und Aufsichtsratsvorsitzenden der Nürburgring GmbH zu entlassen. Wir verlangen die vollständige Aufklärung über alle Vorgänge, die das Desaster verursacht haben.

Was hat die Landesregierung wann gewusst? Wir wollen wissen, welche Ermittlungen welche Staatsanwaltschaft über wen wegen welcher möglichen Tatbestände führt. Wir wollen Licht in dieses Dunkel bringen. Das ist unsere Aufgabe als Opposition.

Herr Ministerpräsident, Sie stecken in Erklärungsnöten. Wir glauben Ihnen schon lange nicht mehr. Deshalb hält die CDU-Fraktion einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss für notwendig und wird die Einsetzung beantragen.

(Zuruf von der SPD: Wir zittern schon!)

Herr Ministerpräsident, wir werfen Ihnen vor, Ihren Amtseid verletzt zu haben.

(Ramsauer, SPD: Das ist die Höhe!)

Sie haben dem Land Rheinland-Pfalz und den rheinland-pfälzischen Steuerzahlern Schaden zugefügt.

(Beifall der CDU)

Sie werden sich vor dem parlamentarischen Untersuchungsgremium zu verantworten haben. So leicht entlassen wir Sie nicht aus Ihrer Verantwortung. Wir erwarten lückenlose Aufklärung und ein klares Bekenntnis zu einer sauberen Finanzierung über einen privaten Investor.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz aus einem Büchlein zitieren, das die Sparkassen Deutschlands 2006 herausgegeben haben: Das Beste an Deutschland – Viele gute Gründe, unser Land heute zu lieben. Im Vorspann heißt es: Deutschland nimmt neuen Schwung, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern. Die Chancen stehen gut, dass dieser Aufbruch gelingt. Entscheidend ist, dass möglichst viele Menschen mit Mut und Selbstvertrauen den Wandel mittragen. Dazu gehört auch, dass sie sich ihrer eigenen Stärken sowie der großen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Ressourcen in unserem Land bewusst sind. –

(Frau Thelen, CDU: Und hier herrscht Übermut!)

Unter der Rubrik „Das Beste in Deutschland“ ist auch die Rennstrecke, der Nürburgring.

„Was am 18. Juni 1927 als Gebirgs-, Renn- und Prüf-
strecke eingeweiht wurde, gilt heute als die längste,

schönste und anspruchsvollste Rennstrecke der Welt und bedeutende Touristenattraktion Deutschlands.“

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sprechen vom Mythos Nürburgring. Wir sprechen von einem Markenartikel, der in den 80er-Jahren Probleme bekommen hat, als die Nordschleife für die Formel 1 nicht mehr befahrbar ist, als man Investitionen, öffentlich gestützt, gemacht hat, damit er wieder Formel-1-tauglich geworden ist. Zu Beginn dieses Jahrtausends hat er Probleme bekommen.

Im Jahr 2004 haben wir uns überlegt, ob man nicht Investitionen ergreifen muss, damit dieser Ring, dieser Mythos, dieses über Deutschland hinausgehende Wahrzeichen von Rheinland-Pfalz zukunftsfähig werden kann. Das ist die Ausgangsbasis.

Diese Ausgangsbasis wurde in diesem Parlament sehr einhellig gesehen, nämlich die Notwendigkeit zu investieren.

Ich darf Herrn Kollegen Eymael vom 14. April 2005 aus der „Rhein-Ahr-Rundschau“ zitieren.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Es empfiehlt sich oftmals, die lokale Presse zu lesen, die dem Ring näher ist, weil – Herr Kollege Baldauf – die Aussagen sich oft ganz anders anhören, als wenn man sie hier am Pult macht. Aber dazu komme ich gleich noch.

(Beifall der SPD)

Ich darf zunächst einmal Herrn Kollegen Eymael zu dem Projekt zitieren: Das Projekt ist die einzige Alternative. Stillstand bedeutet Rückschritt. – Da sind wir einig.

(Ministerpräsident Beck: Recht hat er! –
Eymael, FDP: Das waren andere
Voraussetzungen!)

– Keine Angst, wir haben lange genug Redezeit. Wir werden das diskutieren.

Ich will zunächst einmal die Ausgangsbasis beschreiben.

Herr Kollege Baldauf in der „Rhein-Zeitung“ vom 4. Juli 2006: „Erlebnisregion Nürburgring, ein Projekt, das er unterstützen will.“

(Baldauf, CDU: Das ist nach wie vor so!)

Er war damals in das Amt des Fraktionsvorsitzenden frisch gewählt.

„Auch mit Mitteln aus der Landeskasse, wenn sie als Anschubfinanzierung gebraucht werden.“

(Zurufe von der CDU und der FDP: Anschub!)

Nur so viel zur kritischen Hinterfragung des Projekts, als es auf die Achse gesetzt worden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Was stört mich mein Geschwätz
von gestern! –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Es trifft zu, dass man bei dieser Ausgangsbasis davon ausgegangen ist, dass man mehr privates Kapital akquirieren und mehr private Investoren erreichen kann.

(Eymael, FDP: Aha!)

Das ist ein Sachverhalt, den wir mehrfach im Plenum und in einer Vielzahl von Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr und des Haushalts- und Finanzausschusses besprochen haben.

Meine Damen und Herren, was ist inzwischen realisiert? – Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, realisiert ist ein Vier-Sterne-Hotel, ein Feriendorf mit 100 Bungalows.

(Creutzmann, FDP: Mit Staatsgeldern!)

Beide werden von der Lindner-Gruppe, einem renommierten deutschen mittelständischen Unternehmen, betrieben und sind langfristig vermietet. Die Buchungen in diesem Projekt sind gut. Das hat Arbeitsplätze in der Eifel geschaffen und ist zukunftsfruchtig. Das war als Projekt zukunftsfruchtig und ist als Projekt zukunftsfruchtig.

(Beifall der SPD)

Es gibt die Erlebnisgastronomie „Eifeldorf Grüne Hölle“, die von der Warsteiner Gruppe betrieben wird. Das ist auch ein deutsches Unternehmen. Es ist auch ein leistungsfähiges Unternehmen. Dieses Unternehmen setzt auf die Zukunftsfähigkeit dieser Investitionen am Ring wie viele andere Unternehmen auch. Das macht dieses Projekt zukunftsfruchtig, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Dann gibt es den Boulevard mit den Veranstaltungsräumen, mit vielen Veranstaltungen, die dort mit vielen Mitinvestoren durchgeführt werden können, die dort automobilaffine Produkte präsentieren und verkaufen.

(Dr. Wilke, CDU: Das werden wir sehen!)

Es haben sich – wie der Ministerpräsident vorhin geschildert hat und wie es gestern bei der Eröffnung dargestellt wurde – viele Unternehmen im Umfeld angesiedelt, weil sie dem Nürburgring aufgrund der getätigten Investitionen Zukunftsfähigkeiten zusprechen und den Nürburgring nicht als ein Modell der Vergangenheit ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Gefahr, dass der Nürburgring ein Modell der Vergangenheit wäre, haben wir damals gemeinsam so gesehen. Da gehe ich gar nicht auf DIE GRÜNEN ein, die dieses Projekt schon immer kritisch gesehen haben, auch aus ideologischen Gründen, und die das auch heute so fortführen.

Meine Damen und Herren, wenn dort Boxveranstaltungen stattfinden wie jetzt am Wochenende – – –

(Eymael, FDP: Super!)

– Dann sagen Sie „Super“.

Herr Verteidigungsminister Jung kommt wenigstens hin und bleibt nicht weg wie Herr Baldauf.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Ach, wissen Sie, diesen Slogan sollte ich besser nicht sagen.

Dass Boxen eine zukunftsfähige Sportart ist, hätte ich vor Jahren nicht gedacht.

(Licht, CDU: Das war Tennis auch einmal!)

Dass es heute diese mediale Aufmerksamkeit hat, ist Fakt. Dass es dort veranstaltet wird, man Erlebnisse in die Zukunft entwickeln kann, sind manchmal Entwicklungen, die wir vielleicht gar nicht so sehen, die aber dort beurteilt werden und Chancen ermöglichen. Das gilt für diese Sportarten und für viele andere und für Motorsport am Ring.

Meine Damen und Herren, insofern ist es natürlich immer eine Investition, die die Nürburgring GmbH mit einer öffentlichen Absicherung und mit dem Versuch gestemmt hat, es mit der Privatfinanzierung besser darzustellen. Es ist beileibe nicht so, wie Sie es der Öffentlichkeit weismachen wollen, nämlich dass der Steuerzahler alles finanziert. Es gab keinerlei Einnahmen. Dann wird suggeriert, man bräuchte gar keine Eintrittskarten mehr zu bezahlen, weil der Steuerzahler sowieso alles bezahlt hat. Nein. Es ist ein wirtschaftliches Invest mit Risiken wie jedes wirtschaftliche Invest und mit erheblichen Chancen für die Region und weit über die Region hinaus.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Dieses Invest wurde in einer Zeit getätigt, in der wirtschaftliche Schwierigkeiten aufgetreten sind und eine weltweite Finanzkrise gekommen ist, in der wir sicher solche Zeichen brauchen.

Das sehen andere sicher auch so.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Bracht, keine Angst. Ich gehe auf die Finanzierung noch in ausreichender Länge ein.

Sie haben das Management kritisiert. Ich zitiere aus der „WELT“ vom 7. Juli 2009: „Warum die Fans dem mutigen Macher Walter Kafitz dankbar sein sollten.“

Kafitz ist ein Vorbild an Mut und Initiative, weil er in einer Zeit, in der kaum mehr jemand investiert, in der sich die Weltwirtschaft in einer dramatischen Krise befindet, in der vor allem Angst und Vorsicht wirtschaftliches Handeln prägen, ein Zeichen für die Region, aber auch für das ganze Land setzt und in die Welt hinausbrüllt: Seht her, wir sind in der Lage, auch in diesen Zeiten zukunftsorientiert zu sein!“

(Licht, CDU: Der Reporter hat sicher auch eine VIP-Karte!)

Was machen Sie: Sie fördern die Angst und die Verdrößlichkeit und schüren auch mit Vorurteilen Ängste über den Erfolg dieses Projekts. Das sollte man so nicht tun.

(Beifall der SPD)

Ich darf auch aus der Zeitung „Pfälzischer Merkur“ vom 6. Juli zitieren, dort wird jemand genannt: „Für den Kölner Autonarren Jochen Rath“ – ja, es gibt sie nach wie vor, diese Autonarren – „Momente des Innehaltens: ‚Was da gerade am Nürburgring passiert, ist gigantisch. Jetzt wird dieser Motorsporttempel endgültig gekrönt.‘“

(Schreiner, CDU: Welterbestätte Nürburgring!)

– Schön, dass Sie so einen dummsinnigen Zwischenruf machen.

(Beifall der SPD –
Zuruf von der SPD: Bravo! –
Bracht, CDU: Da lässt sich nichts anderes zu sagen!)

Wenn wir uns nicht der herausragenden Projekte, der herausragenden Qualitäten unseres Landes in seinen Stärken bewusst sind – der Nürburgring ist neben Neuschwanstein das bekannteste Wahrzeichen von Deutschland – und diese Stärken weiter ausbauen, wären wir auf gut Deutsch bescheuert.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU –
Licht, CDU: Wissen Sie auch, wie Neuschwanstein finanziert wurde?)

– Ja. Wissen Sie, welche Entfaltung und welche Anziehung so etwas langfristig hat?

(Ramsauer, SPD: Das macht schon die Bayerische Landesbank. Da ist keiner zurückgetreten, die musste man abwählen!)

Lieber Herr Kollege Licht, ein bisschen weiter zu denken, ein bisschen mittelfristig und langfristig zu planen, tut diesem Land sicherlich gut. Langfristige Planung ist das Investment am Ring ohne Frage.

(Beifall der SPD –
Billen, CDU: Warum ist dann Deubel zurückgetreten? Das müssen Sie einmal erklären! –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Meine Damen und Herren, gehen wir doch zu der Frage der Finanzierung. Es wurde während dieser Krisensituation gebaut. Die Nürburgring GmbH hat investiert, die Firma MSR hat investiert und ist im Übrigen nach wie vor mit einem Investment dabei – Herr Kollege Baldauf, es ist nicht so, dass überhaupt kein privater Investor mehr dabei ist –, wenn ich es richtig auswendig weiß, mit etwa 30 Millionen Euro.

(Billen, CDU: Dann sind aber 9 Millionen Euro nicht dabei!)

Darin sind sicher Eigenleistungen drin und anderes, wie das bei Investments so ist. Aber es ist nicht so, dass kein privater Investor mehr mit dabei ist.

(Dr. Weiland, CDU: Warum ist dann Minister Deubel zurückgetreten?)

Nicht in den Dimensionen, wie wir uns das vorstellen.

Meine Damen und Herren, überhaupt keine Frage: Für die Regierung, für die sie tragende Fraktion, die SPD, ist der Rücktritt von Finanzminister Deubel eine sehr schmerzhaft Angelegenheit. –

(Baldauf, CDU: Das glaube ich auch!)

Da gibt es überhaupt kein Vertun.

Wir haben einen Finanzminister verloren, mit dem wir jahrelang sehr gut zusammengearbeitet haben und der sich bleibende Verdienste für das Land erworben hat.

(Licht, CDU: Verloren? –
Schreiner, CDU: Schulden angehäuft hat ohne Ende!)

Beispielsweise sei das Verstätigungsdarlehen genannt, das wir den Kommunen geben, das bundesrepublikanisch vorbildhaft ist und das Minister Deubel entwickelt hat.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Es ist sozialdemokratisches Selbstverständnis, dass man nicht jemanden nur nach einem Fehler beurteilt, sondern auch eine Lebensleistung und ein Engagement sieht, das in anderen Zusammenhängen dasteht.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Dann muss man aber Niveau haben! –
Licht, CDU: Wie edel!)

Meine Damen und Herren, ich habe E-Mails bekommen, deren Absender das nicht verstehen, in denen die Verfasser fragen: Warum hält der, auch wenn jemand zurückgetreten ist, auch wenn jemand Konsequenzen gezogen hat, in Hochachtung für einen solchen Schritt zu dieser Person? – Genau aus diesen Gründen und nicht anders.

Es hat auch etwas mit sozialdemokratischem Selbstverständnis zu tun, dass Minister Deubel die persönlichen Konsequenzen gezogen und seinen Rücktritt angeboten

hat für das fehlgeschlagene Privatinvestment, das wir hier vielfach diskutiert haben und auf das ich jetzt im Folgenden noch einmal eingehen werde.

Er hat die Konsequenzen gezogen, weil er als Aufsichtsratsvorsitzender sicherlich zu lange daran festgehalten und daran geglaubt hat, dass die Zusagen der Finanzierung, die Finanzierungsangaben derer, mit denen dort kooperiert worden ist, nämlich von Dritten, Firma Pinebeck und andere, eingehalten werden, mit schriftlichen Zusagen,

(Billen, CDU: Der Geschäftsführer hat das eingefädelt! –
Zuruf des Abg. Nink, SPD)

und weil er sich im Interesse des Landes, nämlich bessere und günstigere Finanzierungsbedingungen für die Nürburgring GmbH zu erhalten, zu weit bewegt hat, um das für das Land im Sinne einer Verbesserung zu erreichen. Dafür hat er die Konsequenzen getragen, ohne sich persönlich etwas zuschulden kommen zu lassen. Davor habe ich Hochachtung.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Da gibt es in anderen Ländern welche – da kann man nach Bayern schauen und woandershin –, die Milliardenverluste von Landesbanken in Aufsichtsräten mit zu verantworten haben, die noch nicht einmal dieses Wort der persönlichen Verantwortung kennen.

(Beifall der SPD –
Ramsauer, SPD: So ist das! –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Wir haben über die Frage, wie man diese private Finanzierung konstruiert und wo der Vorteil liegen könnte, ausführlich hier diskutiert. Es stimmt überhaupt nicht, dass die Landesregierung in irgendeiner Form das Parlament getäuscht, nicht informiert oder irgendetwas verschleiert hätte.

(Frau Thelen, CDU: Nebelkerzen!)

Es wurden sogar Ankündigungen von Überweisungen im Haushalts- und Finanzausschuss dargelegt. Es wurde auch die Konstruktion dargelegt.

(Zurufe von der CDU)

Natürlich – davon habe ich auch immer gesprochen – ist es eine schwierige Finanzierung, wenn man dafür Geld im Ausland zeigen muss – hier die 95 Millionen Euro in der Schweiz –, weil man mit dem Renommee des Nürburgrings eine günstigere Finanzierung erreichen wollte.

Das ist eine Sache, die vergleichbar ist mit dem Handeln, wie es mancher bekannte Fernsehmoderator macht, weil er einen guten Namen hat und durch die Medien bekannt ist, für den es für das Kommen woanders Geld gibt. Hier ist der gute Name des Nürburgrings auch Geld wert. Das war wohl ein Teil dieser Konstruktion.

Wir haben auf die Absicherung geachtet, weshalb kein Risiko für das Land besteht, auch nicht bei dem Geld aus dem Liquiditätspool, Herr Kollege Baldauf.

(Bracht, CDU: Zu keinem Zeitpunkt!)

Es ist bei einer fehlgeschlagenen Finanzierung anstandslos zurückgekommen. Das war die Frage der Finanzierung, als die Liechtensteiner Landesbank mit dabei war. Es wird auch jetzt genau so zurückkommen. Da habe ich keine Zweifel, weil dargelegt worden ist – das haben Sie in den Ausschüssen mitbekommen –, dass die Beratung durch die Anwälte genau darauf zielte, dass dieser Geldtransfer sicher ist, die Konten bei Nürburgring GmbH sind und jetzt die Rücküberweisung kommt.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Sie haben eben ein wenig gelacht, als gesagt wurde, eine solche Überweisung dauert zwei, drei oder vier Banktage – wie lange auch immer. Ich habe in den letzten Monaten viel über Bankgeschäfte gelernt, und ich sage Ihnen ganz offen, ich wäre froh, wenn ich so manches darüber nicht gelernt hätte. Aber dies sind die üblichen Überweisungsvorgänge, und es ist auch kein „Scheiß“, den ich erzähle, Herr Kollege Mittrücker! – Ich höre sehr wohl, was Sie dort hinten so dazwischenrufen.

(Pörksen, SPD: Das fällt auf ihn zurück!)

Dies geht nicht über Nacht, sondern es sind die normalen Vorgänge, und Herr Kollege Baldauf mag es auch höchstpersönlich prüfen, wenn das Geld wieder da ist. – Ich würde Ihnen gönnen, dass Sie es in 10-Euro-Scheinen oder -Stücken nachzählen dürften, damit Sie glücklich sind, wenn das Geld wieder da ist.

(Beifall der SPD –

Licht, CDU: Vielleicht ist das der letzte Ausweg! –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Also, es war abzusichern.

– Der letzte Ausweg bei Ihnen heißt doch Ascona in Berlin, aber das ist ein anderes Thema.

Nein, das ist doch nicht der Punkt. – Das Geld kommt zurück.

(Schreiner, CDU: Ist das Konto jetzt leer? Haben Sie den Überblick?)

– Herr Ministerpräsident Beck hat das Notwendige dazu dargelegt.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Herr Hartloff, haben Sie auch den Überblick? –

Nink, SPD: Wir lassen Frau Dickes nachzählen!)

– Ich glaube, dass ich mehr Überblick habe als Sie, weil ich mich sehr intensiv damit beschäftigt habe, weil dies zu den Jobs des Fraktionsvorsitzenden gehört. – Ganz einfach.

(Beifall der SPD –

Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Wir haben auch über die Frage diskutiert: Ist es für ein Land oder für eine wesentlich im Landeseigentum stehende GmbH, nämlich für die Nürburgring GmbH, legitim, eine solche Finanzierung zu probieren oder nicht? – Darüber kann man trefflich streiten. Die Geschäftsführung der Nürburgring GmbH ist der Auffassung, ja. Der Aufsichtsrat war einhellig auch dieser Auffassung.

(Licht, CDU: Einhellig?)

– Einhellig!

(Licht, CDU: Ja?)

– Einhellig,

(Bracht, CDU: Waren Sie dabei?)

bei allem, was man als Bedenken hin und her diskutieren kann. Der Minister hat es in den Ausschüssen so berichtet. Sie waren dabei.

(Licht, CDU: Sie belasten den neuen Finanzminister! –
Ministerpräsident Beck: Der Licht geht einem wirklich auf den Schatten!)

Dass man natürlich Bedenken haben kann, habe ich heute gesagt und habe ich auch woanders gesagt.

Wir haben auch darüber gesprochen, ob die Refinanzierung aus einem Markt der Lebensversicherungen – Life Settlements – zulässig ist oder nicht. Diese Frage hat sich unmittelbar daran angeschlossen.

Ich habe Ihnen vor etwa 14 Tagen im Plenum genauso wie einige Wochen zuvor gesagt, was für uns wichtig ist: Für uns ist wichtig, dass immer abgecheckt wird, inwieweit die Solidität der Geschäftspartner gegeben ist. Dies ist zum einen von den Banken geprüft worden – die berühmte Compliance, über die wir alle etwas gelernt haben –,

(Licht, CDU: Und dann kam die Reputationsprüfung!)

und diese Compliance wurde immer wieder als in Ordnung geschildert. Insoweit ist dies ein viel sorgfältigeres Prüfen, als es früher banküblich war. Das ist geschehen.

(Zurufe von der CDU)

Gleichwohl ist die Finanzierung nicht zustande gekommen. Ich habe summarisch gesagt, ich halte es bei allen Bedenken für vertretbar, einen solchen Versuch zu machen, und darin wiederhole ich mich. Dieser Versuch war jederzeit ohne Risiko für das Land und ohne Risiko für den Steuerzahler oder für die Steuerzahlerin. Wer etwas anderes behauptet, möge es hier darlegen.

(Beifall der SPD)

Dieser Versuch ist, wie es Herr Ministerpräsident Beck dargelegt hat, bereits vor einigen Tagen abgebrochen worden, nachdem die Zusagen über die Finanzierung

und die schriftlichen Ankündigungen nicht eingehalten worden sind.

(Billen, CDU: Man sprach von nicht werthaltigen Schecks! –

Licht, CDU: Ihre Frist ist nicht eingehalten worden! Ihre Frist, die Sie selbst gesetzt haben!)

Die Frist, die Herr Ministerpräsident genannt hat, war die Frist vor Eröffnung des Nürburgrings, und das ist aus meiner Sicht auch sinnvoll, um das Projekt nicht weiter zu belasten; denn natürlich belastet die Diskussion um die Finanzierung auch das Projekt, das ist keine Frage. Diesbezüglich hat sich eine Eigendynamik entwickelt, die nicht tunlich war. Dafür hat der Finanzminister die Verantwortung übernommen, und deshalb ist er zurückgetreten.

(Billen, CDU: Aber Herr Ministerpräsident Beck war doch genauso involviert! Das ist auch seine Verantwortung!)

Meine Damen, meine Herren, als wir über den Nürburgring gesprochen haben, haben wir, was die Offenheit anbelangt, in der letzten Plenarsitzung einstimmig beschlossen, dass der Rechnungshof die Finanzierung und das Projekt prüfen soll. Diese Bitte haben wir gemeinsam an den Rechnungshof herangetragen. Herr Kollege Baldauf, dann sollten Sie der Regierung und uns als Fraktion nicht vorwerfen, dass es an Offenheit fehlt, so etwas zu prüfen.

(Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Hartloff, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Rosenbauer zu?

Abg. Hartloff, SPD:

Wenn es sein muss, lasse ich auch eine Zwischenfrage zu.

Präsident Mertes:

Bitte schön.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Herr Kollege Hartloff, ich hatte soeben den Zwischenruf gemacht, ob Sie auch den Überblick haben wie Herr Ministerpräsident Beck. Ich möchte eine ganz konkrete Frage stellen. Sie haben gesagt, es sei alles überprüft worden, auch über den Investor, als am 16. Juni die Erfolgsmeldung herausging, dass ein Investor gefunden sei. Inwieweit haben Sie sich denn abgesichert, oder inwieweit haben Sie überprüft, dass dies wirklich der Fall ist?

Abg. Hartloff, SPD:

Die Überprüfungen sind immer so erfolgt, wie dies der Finanzminister in den Ausschüssen berichtet hat und wie sie die Banken durchgeführt haben. Damals wurde ein Stand berichtet – ich weiß es noch aus dem Stegreif –, dass Geld in der Schweiz angekommen sei. Das war der Stand, der berichtet worden ist, und dies war aufgrund der Aussagen der Investoren – – –

Sie wissen, es handelt sich um Geschäfte zwischen Privatinvestoren.

(Licht, CDU: Von wem?)

Dies ist kein Geschäft zwischen dem Land und diesen Privatinvestoren, sondern es ist ein Geschäft der Refinanzierung zwischen Privatinvestoren. – Nicht mehr und nicht weniger.

(Billen, CDU: Dann darf man das Geschäft nicht machen, wenn man das nicht kontrollieren kann!)

Lassen Sie mich auf das zweite Thema zurückkommen, das Herr Baldauf angesprochen hat, nämlich auf seine Ankündigung, einen Untersuchungsausschuss einsetzen zu wollen. Dies ist ein legitimes parlamentarisches Mittel. – Sie rufen aus der CDU-Fraktion: Es wird auch Zeit! – Ich habe den Antrag immer noch nicht auf dem Tisch liegen. Sie kündigen ihn zwar schon lange an, haben ihn aber noch nicht vorgelegt.

Aber ich sage Ihnen eines zu: Wir befinden uns kurz vor der Sommerpause, und wir haben lange Zeit, einen Einsetzungsantrag zu formulieren. Ich biete gern unsere Hilfe an, diesen Antrag mit zu formulieren

(Heiterkeit bei der CDU)

und den Einsetzungsantrag in der ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause zu stellen. Auch da gibt es überhaupt kein Vertun.

(Beifall der SPD)

Wir haben auch überhaupt keine Angst vor einem Untersuchungsausschuss.

(Beifall der SPD –
Licht, CDU: Wenn das ehrlich gemeint ist, wird es uns helfen! –
Zurufe und Heiterkeit von der CDU)

– Ich hätte eher gesagt, Ihnen ist nicht zu helfen, aber wir machen es trotzdem gern. Wir machen's einfach!

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Weitere Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich noch einige wenige Sätze sagen. Ja, es schmerzt, dass der Versuch gescheitert ist, eine bessere private Finanzierung für die Nürburgring GmbH zu erlangen. Es schmerzt, da durch die Verzögerungen, die eingetreten sind, immer wieder neue Termine zu nennen waren. Es schmerzt, dass man immer wieder hinnehmen musste, dass die Investoren das Zugesagte

nicht einhalten konnten, und man zur Kenntnis nehmen musste, dass der Leumund so mancher dieser Partner sicherlich ein schwieriger ist, auch wenn nicht verifiziert ist, was tatsächlich an Vorwürfen zutrifft. Daher hat man vernünftigerweise gesagt, so kann es nicht weitergehen.

Ja, wahrscheinlich wäre das auch früher besser gewesen. Da mögen Ihre Vorwürfe und Einschätzungen durchaus mit ein Stück beigetragen haben.

(Bracht, CDU: Wahrscheinlich!)

Ihre Skepsis, die Sie von Anfang hatten, ist sicherlich ein Stück weit bestätigt worden. Das ist keine Frage.

(Baldauf, CDU: Vor allem die böse Presse, die böse Presse war am meisten schuld!)

– Sie werden das aus meinem Mund nicht gehört haben.

(Licht, CDU: Es hat Sie auch geärgert, dass das der Minister gesagt hat, das glaube ich!)

Durch die Finanzierung ist aber sichergestellt, dass sich das Projekt zukunftsfähig entfalten kann.

Ich habe auf halber Etappe von der CDU nicht Vorschläge gehört, wo man abspecken sollte, was man weniger machen sollte und was geändert werden soll. Das sind alles Vorschläge, die Herr Baldauf macht, wenn solche Projekte stehen.

Herr Baldauf, lassen Sie mich noch ein wenig darauf eingehen, was Sie an Großprojekten kritisiert haben. Dazu gehört ein äußerst erfolgreiches Museum Arp in Rolandseck mit internationalem Renommee.

(Bracht, CDU: Ist das erfolgreich?)

Sie haben das FCK-Stadion kritisiert, Weltmeisterschaft. Bei dem Projekt standen alle Parteien in Rheinland-Pfalz dahinter, dass man die Weltmeisterschaft hierher ziehen sollte.

(Baldauf, CDU: Ich habe gerade meine Dauerkarte überwiesen!)

Alle Fraktionen dieses Landtages haben gesagt, ja, wir sollten schauen, dass sie mit dem Stadion zurande kommen. Sie haben in Kaiserslautern gesagt, man müsste vom Land mehr in Kaiserslautern investieren, wo im Übrigen eine – – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Die Zeit ist abgelaufen.

Abg. Hartloff, SPD:

Es gibt eine Regelung über die Zeiten der Fraktionen.

Präsident Mertes:

Wenn Sie sie in Anspruch nehmen, bitte schön. Ich bin von der bestehenden Vereinbarung ausgegangen.

Abg. Hartloff, SPD:

Keine Angst, ich bin bei den letzten zwei bis drei Sätzen.

In Kaiserslautern steht an einem prominenten Platz, dem Stiftsplatz, eine private Finanzruine, die zur Fußballweltmeisterschaft fertig werden sollte. In dieser Kommune hat man einen Weiterbau nicht zustande gebracht.

Das entgeht Ihnen am Nürburgring. Das wollen wir dort auch nicht.

Sie kündigen offensichtlich die gute Zusammenarbeit bei dem manchmal schwierigen Projekt Hahn auf, der eine Ausstrahlung weit über die Region hinaus hat, wenn Sie da auch sagen, man sollte es nicht so verfolgen. Das ist das Prinzip Baldauf, auf der einen Seite zu sagen, das kann man nicht, aber vor Ort sagen, man könnte noch mehr und man würde noch mehr tun.

(Bracht, CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Das ist nicht unsere Art.

(Beifall der SPD)

Wir stehen dazu, im wirtschaftlichen Bereich Investitionen mitzustützen, es mit dem Land abzusichern, damit wir in diesem Land zukunftsfähig werden. Das hat sicher etwas mit dem Prestige für dieses Land zu tun, nämlich für die Menschen in diesem Land zu arbeiten. Das macht für uns vorbildlich der Ministerpräsident.

Vielen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Mertin das Wort.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Hartloff, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, natürlich haben Sie recht, wenn Sie sagen – mit Ausnahme des Schönheitsfehlers, dass derzeit alles aus dem Liquiditätspool bezahlt wird –, dass bei einer Standardfinanzierung ein Bankdarlehen kommt. Dieses Bankdarlehen wird, soweit die Nürburgring GmbH hinreichend Gewinne erwirtschaftet und damit die Rate zurückzahlen kann, dann den Steuerzahler nichts kosten. So ist die Konstruktion. Das will ich gerne bestätigen. Das setzt aber voraus, dass sich das betriebswirtschaftliche Risiko nicht verwirklicht. Das ist der springende Punkt.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, Sie haben die Aussage des Herrn Kollegen Eymael zitiert und einige Absätze später in Ihrer Rede noch etwas hinzugefügt. Ich möchte deutlich hervorheben, als wir in der gemeinsamen Regierungszeit über dieses Projekt sprachen, haben wir immer gesagt, dass zu einem Anteil – am Schluss waren es mindestens 50 % – ein privater Investor mit eigenem Kapital einsteigen sollte.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Das haben wir aus gutem Grund gemacht.

(Licht, CDU: Mit Geld und nicht mit Provisionsforderungen!)

Im Zusammenhang mit Projekten am Nürburgring wurde immer viel vom Mythos Nürburgring gesprochen. Es wurde zu unserer Zeit so manches auf den Weg gebracht, beispielsweise eine GmbH, die anderswo Rennstrecken entwickeln sollte.

(Licht, CDU: Ja!)

Ich glaube, das hat nie gefruchtet. Es wurde ein Motorradhandel betrieben. Dieser ist zwischenzeitlich eingestellt, und zwar ohne Erfolg, wenn ich den Bericht des Rechnungshofes richtig gelesen habe.

Das waren Gründe für uns, an dieser Stelle einen Lackmuestest für die Wirtschaftlichkeit dessen einzuführen, was dort geschehen sollte.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Dieser Lackmuestest sah so aus, wenn ein Privater bereit ist, mit 50 % eigenem Geld ins Risiko zu gehen, dann ist das Risiko auch für das Land überschaubar.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Später hat die Landesregierung etwas ganz anderes beschlossen. Sie hat einmal beschlossen, die Nürburgring GmbH macht diesen Freizeit- und Erlebnisbereich, und daneben baut ein sogenannter privater Investor Hotels. Beides wurde zusammengerechnet und uns vorgerechnet, dass insgesamt die von der FDP geforderte Quote von 50 % erreicht wird, weil nämlich bei der Nürburgring GmbH Mieter und Pächter dazugerechnet wurden. Bekanntlich tragen Mieter und Pächter kein Investitionsrisiko.

(Beifall der FDP und bei der CDU –
Dr. Rosenbauer, CDU: Das ist eigentlich das Einmaleins!)

Von Anfang an war die Quote nicht erreicht.

Es hätte auch zu denken geben müssen, was in einem anderen Zusammenhang für viel Furore sorgte. Ich erinnere mich, dass das ZDF einen Medienpark in Mainz errichten wollte. Sämtliche Freizeitanlagenbetreiber haben uns damals mit Briefen überschüttet, weil sie

fürchteten, dass mit Gebühren des Fernsehzuschauers dieses Konkurrenzrisiko auf den Weg gebracht wird.

(Eymael, FDP: Richtig!)

Bei der Anlage im Nürburgring hat mich bislang kein Schreiben erreicht, obwohl der Steuerzahler dahintersteckt. Offensichtlich ist das Modell, das dort verfolgt wird, für die kein ausreichendes Risiko für ihr Geschäft. Die Landesregierung sollte damals doch nachgedacht und sich überlegt haben, ob das Risiko für das Land nicht zu groß ist, wenn es so betrieben wird.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Herr Kollege Deubel hat damals das Finanzierungsmodell auf den Weg gebracht. Herr Kollege Hartloff, das Parlament hat davon erst Anfang Januar dieses Jahres erfahren. Das geschah nur durch Indiskretionen. Aus den Ausschüssen haben wir dann erfahren, dass das Projekt seit über zwei Jahren verfolgt wird und das Land sogar 730.000 Euro für die Entwicklung dieses Geschäftsmodells bezahlt hat.

Vor einigen Tagen wurde Herr Finanzminister a. D., Herr Deubel, von den Medien gefragt, wieso er so verbissen an diesem Geschäftsmodell festhalte. Er hat erklärt, so wurde mir berichtet, die Finanzstruktur der Nürburgring GmbH mache es notwendig, diesen Kapitalzufluss von 30 Millionen Euro bis 50 Millionen Euro zu erhalten, um die nächsten Jahre zu überstehen. Das ist das wirtschaftliche Risiko, um das es geht.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Sie können nicht so tun, als ob es dieses Risiko nicht gebe, wenn sogar der Finanzminister, der kürzlich zurückgetreten ist, dies selbst so beschrieben und deshalb versucht hat, dieses gewagte Finanzierungsmodell durchzuziehen.

Ich darf feststellen, dass bei der Finanzierung das Projekt der Nürburgring GmbH bei den sonst üblicherweise im Freizeit- und Erlebnispark beteiligten Wirtschaftskreisen durchgefallen ist. Es hat sich keiner gefunden, der bereit gewesen wäre, hier mitzumachen.

(Zuruf von der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenden wir uns etwas den sogenannten Privatinvestoren zu.

Ein Herr Richter, eine Firma Mediinvest, die viele Anwälte beschäftigt haben, um ihre Bonität nachzuweisen oder was auch immer. – Eines ist festzustellen: Außer viel zu reden haben Sie genau das nicht geschafft, was ein Investor zu schaffen hat, nämlich die Finanzierung Ihres eigenen Projektes sicherzustellen. – Das wollen wir an dieser Stelle doch einmal festhalten.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Es wird dabei mit der Finanzkrise argumentiert. Ja, das lasse ich unter Umständen für die Finanzierung durch die Austria Bank, oder wie sie hieß, die beim ersten Mal in Aussicht genommen wurde, noch gelten, aber dass es

danach mit einer kräftigen Kapitalspritze des Landes, immerhin 29 Millionen Euro der RIM, diesen sagenhaften Investoren, die sogar zum Projektentwickler geadelt wurden, nicht gelungen ist, eine Bankfinanzierung hinzubekommen, spricht doch Bände für die Wirtschaftlichkeit dieses Konzepts, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und bei der CDU –
Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Summa summarum haben wir festzuhalten, dass derzeit das ganze Projekt auf dem Nürburgring davon abhängig ist, dass das Land es stützt,

(Eymael, FDP: Jawohl!)

und zwar sowohl das Projekt der Nürburgring GmbH als auch das Projekt der sogenannten privaten Investoren, weil, wie wir zwischenzeitlich wissen, das Ganze über landeseigene Gesellschaften finanziert wird, damit das überhaupt zustande kommt. So war es uns nicht angekündigt worden. So war es uns auch nie vermittelt worden. Das ist aber das Ergebnis der Politik der Landesregierung. Das muss man an dieser Stelle festhalten.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Privatfinanzierung, die Sie eben nannten, hätte letztlich auch nicht dazu geführt, dass das betriebswirtschaftliche Risiko vom Land weggegangen wäre, weil es letztlich davon abhängig gewesen wäre, dass so viel erwirtschaftet wird, wie Mieten und Pachten an diesen sogenannten Privatinvestor hätten gezahlt werden müssen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Finanzminister Deubel ist – so habe ich es erklärt – konsequenterweise zurückgetreten, nachdem das von ihm gewählte Privatfinanzierungsmodell gescheitert ist. Das war konsequent, weil er sich in den letzten Monaten geradezu in diese Idee verbissen hatte und – wie ich finde – die eine oder andere Ausstiegsmöglichkeit dabei ausließ. Insofern war es konsequent, dass er dies getan hat.

(Licht, CDU: Er hatte sich zu früh angeschnallt,
er konnte nicht mehr aussteigen!)

Herr Kollege Hartloff, ich stehe nicht an, Herrn Deubel auch zu attestieren, dass er zwar hier an dieser Stelle Schiffbruch erlitten und konsequent die Verantwortung dafür übernommen hat, aber ich möchte auch für meine Fraktion festhalten – ich finde, das gebietet auch eine harte parlamentarische Auseinandersetzung, und in der Frage der Nürburgring GmbH habe ich mich mit diesem zurückgetretenen Finanzminister in aller Härte auseinandergesetzt –, wenn er zurückgetreten ist, gehört auch dazu, ihm zu attestieren, dass er in anderen Politikfeldern durchaus auch in gemeinsamer Regierungszeit mit uns gemeinsam Dinge hier auf den Weg gebracht hat. Es gehört irgendwo in der Demokratie zum Anstand dazu, dass man jemandem seine Würde für seine Leistungen auch lässt.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Verehrter Herr Kollege Hartloff, wenn das aber so ist, wie Sie es ausgeführt haben, dann finde ich es nicht in Ordnung, wie Sie und die Landesregierung das hier machen, indem Sie ihm alles, aber auch alles in die Schuhe schieben. Das kann so nicht richtig sein.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Widmen wir uns also möglichen anderen Verantwortlichkeiten. Dann haben wir doch zunächst einmal die Geschäftsführung der Nürburgring GmbH. Wer hat denn den sagenhaften Privatinvestor Richter und die dahinter stehende Entourage aufgetan? – Die Geschäftsführung des Nürburgrings. Sie hat aber nichts damit zu tun, wäscht sich die Hände in Unschuld, und das Land muss das Projekt retten.

(Beifall der FDP)

So kann es nicht sein. Ich würde gern erfahren, ob bei den neuen zusätzlichen Rettungsmaßnahmen die Herrschaften wenigstens jetzt privat haften. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Sie haben sich uns als Investor dargestellt, als Projektentwickler, sie bekommen es nicht hin, das Land muss einspringen, und sie schmarotzen noch am Land, weil sie persönlich für das Engagement des Landes bisher gar nicht haften. Das kann doch wohl nicht richtig sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der CDU)

Nehmen wir den Aufsichtsrat. Meines Wissens – das entnehme ich auch den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten von eben, wer da jetzt alles hinein soll – war dieser Aufsichtsrat nicht nur eine Person. Es war Herr Deubel, aber auch andere. Meines Wissens war es auch der neue Finanzminister. Was hat denn der Aufsichtsrat getan, um Herrn Deubel bei seinem Tun in irgendeiner Weise vielleicht zu kontrollieren? Es ist doch die Aufgabe des Aufsichtsrats, das Handeln der Gesellschaft zu kontrollieren.

(Beifall der FDP und der CDU)

Ich habe jetzt mit Interesse gelesen, dass niemand gewusst habe, wer der sagenhafte amerikanische Investor ist. Herr Ministerpräsident, ich habe aber gelesen, dass Sie gesagt haben, Herr Deubel habe schlüssig informiert. Herr Kollege Hartloff, ich wage einmal zu behaupten, das Parlament hat er nie schlüssig informiert.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und CDU)

Meine Fragen für die letzte Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses hat er bis heute nicht beantwortet. Bis heute ist nicht beantwortet, welches Geschäftsmodell denn nun eigentlich mit 95 Millionen Euro Liquiditätsnachweis in Zürich auf den Weg gebracht werden sollte. Bis heute ist das nicht erklärt worden. Er hat sich immer darauf zurückgezogen, er habe Vertraulichkeit zugesichert. Herr Hartloff, aber vielleicht hat er Ihnen und der Landesregierung mehr erzählt.

Der Herr Ministerpräsident hat auch aber gesagt, niemand habe den Namen des amerikanischen Investors

gekannt. Das ist aber dann keine schlüssige Erklärung des Finanzministers, weil es einem die Möglichkeit nimmt, bei diesem Amerikaner nachzufragen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Jetzt können wir heute in der Meldung des Südwestrundfunks nachlesen, dass Herr du Pont, der zwischenzeitlich als der amerikanische Investor geoutet wird, erklärt hat – das kann man im Südwestrundfunk nachlesen –, er habe nie zugesagt, sich am Nürburgring zu engagieren.

(Zurufe von FDP und CDU)

Eine schlüssige Information mit Namensnennung hätte ermöglicht, Herrn du Pont zu fragen. Das ist offensichtlich nicht geschehen.

(Bracht, CDU: Lug und Trug!)

Dann kann man sich schon fragen, ob das alles so überprüft worden ist, wie es eigentlich zu geschehen hat.

(Bracht, CDU: So geht man mit diesem Parlament um! So geht man mit den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land um! Junge, Junge, Junge! Das ist seriös!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben appelliert, man möge das Projekt nicht zerreden. Ich glaube, dass man jedenfalls meiner Fraktion in der Auseinandersetzung der letzten sechs Monate diesen Vorwurf so nicht machen kann. Ich erinnere mich, dass wir einmal eine Aktuelle Stunde beantragt haben, dann die SPD-Fraktion eine Mündliche Anfrage gestellt hat und im Vorfeld dieser Landtagsplenardebatte der Finanzminister die drei Fraktionsvorsitzenden darüber informierte, dass diese Mündliche Anfrage seiner eigenen Fraktion ihn in Schwierigkeiten bringe, weil er etwas offenbaren müsse, was den Fortlauf des Projekts am Nürburgring erheblich stören könnte.

Ich habe damals zugesagt, dass sich die FDP-Fraktion als hinreichend informiert ansieht und er die Anfrage insoweit und in diesem Umfang im Parlament nicht beantworten solle. Sie können nicht sagen, dass wir durch unsere parlamentarische Kontrolle und so, wie wir sie wahrnehmen, das Projekt gefährdet hätten. Das Projekt hat hier einen erheblichen Schaden durch die Art und Weise genommen, wie es finanziert werden sollte, durch die Art und Weise, wie es durchgeführt worden ist, aber nicht dadurch, dass die Parlamentarier der Opposition Kontrolle haben wollten.

(Starker Beifall der FDP und der CDU)

Herr Kollege Hartloff, wenn Sie behaupten, das Parlament sei immer und ausreichend informiert worden, will ich doch einige wenige Stichpunkte nennen, aus denen Sie selbst ersehen können, dass das nicht der Fall ist. Im letzten Jahr im August hat uns der Finanzminister noch mitgeteilt, das Investment der Hotels sei ausreichend finanziert, es sei eine Tatsache. Einige Wochen später hat er selbst erfahren, dass die Tatsache nicht stimmt. Ich finde, dann gehört es zu den Informationspflichten der Regierung, dem Parlament mitzuteilen,

dass es falsch informiert worden ist. Dann muss es korrigiert werden.

(Licht, CDU: Bis Januar!)

Dann muss man nicht warten, bis es plötzlich in den Medien steht. Erst unter dem Druck der Veröffentlichung wird uns das mitgeteilt.

Es wird verkündet, dass ein 4-Millionen-Euro-Darlehen durch eine Grundschuld abgesichert wird. Die Grundschuld ist nie eingetragen worden. Man hat sich dann darauf zurückgezogen, rechtlich sei aber eine Vormerkung für die Eintragung vorhanden gewesen, die das Gleiche darstelle. Das ist richtig, aber wenn Sie nachvollziehen, in welchen Zeiträumen das war, gab es auch Zeiträume, in denen es nicht einmal diese Vormerkung gab.

Ich hätte überhaupt nichts dagegen gehabt, wenn der Finanzminister uns erklärt hätte: Ich vertraue diesem Investor. Wir geben ihm die 4 Millionen Euro. – Er soll uns aber nicht weismachen, sie wären abgesichert, wenn sie gar nicht abgesichert waren.

(Beifall der FDP und der CDU)

Das ist keine ordnungsgemäße Information des Parlaments.

Herr Kollege Hartloff, Sie werden sich erinnern, dass ich nach dem Geschäftsmodell der sogenannten Pinebeck GmbH – oder wer auch immer dahinter steht – gefragt habe. Der Finanzminister hat mir damals sinngemäß erklärt, das wolle er so nicht offenbaren; denn schließlich habe diese private GmbH das Geschäft sozusagen entwickelt. Wenn er das jetzt öffentlich sagen würde, würde für die das Risiko bestehen, das Geschäftsmodell zu verlieren. Ich habe dann überhaupt keine Hemmungen, nicht weiter zu fragen. Ich will nicht, dass jemand, der privat so etwas entwickelt hat, durch eine vorzeitige Veröffentlichung seine Gewinnchancen verliert.

Wenn aber das Land das Ganze mit 730.000 Euro bezahlt hat, sieht das ganz anders aus. Dann muss er mir selbstverständlich sagen, was für ein Geschäftsmodell entwickelt worden ist. Schließlich hat die Nürburgring GmbH das Ganze bezahlt. Das ist dann eben keine ordnungsgemäße Information des Parlaments, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der CDU)

Herr Kollege Hartloff, Sie haben gefragt, ob es legitim ist, so etwas zu machen. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich von der FDP sage: Selbstverständlich ist es legitim, sich zur Finanzierung der Nürburgring GmbH des Finanzsektors insgesamt zu bedienen. – Solange das legal und seriös gemacht wird, habe ich damit überhaupt kein Problem. Es ist aber nicht die FDP, die bei Wahlkämpfen durch die Lande reist und den Finanzsektor diskreditiert und die Finanzplätze Luxemburg und Schweiz diskreditiert. Dann soll aber das Geschäft der

Nürburgring GmbH über diese Bereiche abgewickelt werden.

(Beifall der FDP und der CDU)

Sie fordern mehr Transparenz bei solchen Finanzabwicklungen. Sie fordern, bei Hedgefonds offenzulegen, wer dahinter steht. Bis heute haben wir aber nicht offengelegt bekommen, wie das Ganze sauber finanziert werden sollte.

(Beifall der FDP und der CDU)

Herr Kollege Hartloff, legitim ist das schon, aber wenn Sie politisch anders agieren, ist es politisch nicht legitim, das zu machen. Dann dürfen Sie solche Geschäfte schlichtweg nicht tätigen. Das ist das, was wir an dieser Stelle kritisieren.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind sehr viele Fragen offen geblieben. Ich möchte das jetzt nicht im Detail ausführen, aber Frau Kollegin Schmitt, das Schreiben, das Sie gestern verschickt haben, hat mich doch geärgert. Meine Fraktion und ich haben an vielen Stellen darauf verzichtet – zum Teil haben wir dafür kein Verständnis bei den Medien geerntet –, dass Tagesordnungspunkte zum Nürburgring, die wir beantragt haben, auf die Tagesordnung zu setzen, nicht behandelt wurden, weil Herr Minister Deubel nach Berlin zur Föderalismuskommission fahren wollte.

Wir haben zu einer vom Ältestenrat terminierten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gestern einen Berichtsantrag zum Nürburgring gestellt. Es wird niemanden überrascht haben, dass wir das getan haben nach der letzten Plenardebatte, bei der viele Fragen offen geblieben sind.

Erst als dieser Antrag – ich betone fristgerecht – beim Landtag eingegangen ist, entstand große Aufregung, und es wurde mitgeteilt, der Finanzminister könne nicht kommen, weil zum gleichen Zeitpunkt die Eröffnung am Nürburgring terminiert sei. Das ist richtig. Das mag so sein. Ein guter Stil gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss, dem der Finanzminister zur Rechenschaft verpflichtet ist, ist das nicht. Das geschah dann wohl nach dem Motto „Die Deppen können in Mainz tagen, aber wir feiern am Nürburgring“.

(Beifall der FDP und der CDU)

Das kann doch wohl nicht richtig sein.

(Hartloff, SPD: Die Sitzung hätte stattgefunden!)

– Herr Kollege Hartloff, ich habe schon so häufig meine Termine verschoben. Wieso muss ich immer meine Termine verschieben, und weshalb achtet nicht die Landesregierung darauf, wann das Parlament einen bestimmten Ausschuss tagen lässt?

(Frau Schmitt, SPD: Ich war überhaupt nicht da! Wer hat das vereinbart? Sie haben das vereinbart! Meine Unterschrift stand nicht unter der Einladung!)

Der Finanzminister ist der Aufsichtsratsvorsitzende. Er hätte den Termin der Eröffnung so legen können, dass er problemlos zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses hätte anwesend sein können.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

– Frau Kollegin Schmitt, ich weiß das Sie 8:00 Uhr angeboten haben.

(Frau Schmitt, SPD: Meine Unterschrift steht nicht unter dieser Einladung!)

– Der Termin ist vom Ältestenrat so festgelegt worden.

(Hartloff, SPD: Er hätte auch stattgefunden!)

Damit hätte er auch stattfinden können. Sie haben darum gebeten, dass er verlegt wird.

(Frau Schmitt, SPD: Ich war überhaupt nicht anwesend!)

– Sie nicht, sondern die Landesregierung, die von der SPD getragen wird.

(Frau Schmitt, SPD: Herr Bracht hat eingeladen!)

Nachdem ich darauf bestanden habe, dass dieser Termin stattfindet, hat die CDU vorgeschlagen, dass wir das freitags machen. Dem habe ich dann um des lieben Friedens willen zugestimmt. Deshalb wurde für heute, Freitag, eingeladen, Frau Kollegin Schmitt.

(Frau Schmitt, SPD: Aber nicht von mir, sondern vom stellvertretenden Vorsitzenden Abgeordneten Bracht!)

– Frau Kollegin Schmitt, ich komme auf ein weiteres Schreiben zu sprechen, das Sie verschickt haben. Das ist das, was ich nicht besonders in Ordnung finde.

Natürlich ist es das gute Recht der Landesregierung zu sagen: Wir gehen hin und müssen einen neuen Finanzminister vereidigen. – Dem versperren wir uns auch nicht. Dementsprechend konnte die für heute Morgen vorgesehene Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses nicht stattfinden. Damit war ein neuer Termin zu suchen. Sie haben heute Nachmittag vorgeschlagen. Da kann ich aber nicht. Ich habe schon hinreichend häufig Termine zugunsten der Wünsche der Landesregierung verschoben.

(Ministerpräsident Beck: Das kritisiert keiner!)

Wir haben den Montag oder Dienstag vorgeschlagen.

(Baldauf, CDU: So ist es! Wir haben miteinander gesprochen!)

– So war es. Herr Kollege Baldauf und ich hatten das so verabredet.

Dann verschicken Sie ein Schreiben, in dem steht, dass auf ausdrücklichen Wunsch von CDU und FDP diese Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses erst

nach der Sommerpause am ersten Ersatztermin stattzufinden hat, den der Ältestenrat vorgeschlagen hat.

(Unruhe bei der CDU)

Frau Kollegin Schmitt, das ist nicht in Ordnung.

(Frau Schmitt, SPD: Nein!)

Wir haben – Herr Kollege Bracht hat Ihnen das schriftlich zugeleitet – sehr wohl für Montag oder Dienstag Vorschläge gemacht.

(Frau Schmitt, SPD: Nein, das ist – – –)

Sie haben – so wurde mir das gesagt – mitgeteilt entweder Freitagnachmittag oder nach der Sommerpause

(Zurufe der Abg. Frau Schmitt, SPD –
Weitere Zurufe im Hause)

Ich nehme zur Kenntnis, dass das eben so ist. Wir werden deshalb selbstverständlich diese Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses wahrnehmen und unseren Antrag modifiziert dort neu einbringen.

Im Hinblick darauf, dass viele andere Punkte angesprochen sind und Herr Kollege Baldauf auch schon erklärt hat, dass die CDU-Fraktion einen Untersuchungsausschuss beantragen wird, werden wir uns daran selbstverständlich beteiligen und einen entsprechenden Antrag – davon gehe ich aus – gemeinsam mit Ihnen, Herr Kollege Hartloff, entwickeln, sodass sich dann die Aufregung um diese Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses legen dürfte. Werte Kolleginnen und Kollegen, insgesamt finde ich diese Vorgehensweise an der Stelle im Hinblick auf das weite Entgegenkommen, das wir in der Vergangenheit in diesen Fragen gezeigt haben, doch ein wenig kleinlich. Lassen wir das aber dahingestellt sein.

Eines bleibt aber auf jeden Fall festzuhalten: Herr Ministerpräsident, die Wirtschaftlichkeit erscheint auch nach

Ihren Darlegungen noch nicht in einem besseren Licht; denn es bleibt dabei, dass der von Ihnen nach Rücktritt zwischenzeitlich ersetzte Finanzminister Deubel erklärt hat, dieses private Finanzierungsmodell sei notwendig, weil die Nürburgring GmbH allein dieses Investment nicht schultern könne. Mir ist bei Ihren Ausführungen verborgen geblieben, weshalb sie das jetzt doch können soll. Das ist bisher nicht hinreichend erläutert worden.

Es ist auch nicht hinreichend erläutert worden, wie überhaupt das ganze Projekt geschultert werden soll; denn Sie, Herr Kollege Hartloff, haben darauf hingewiesen, dass die Lindner Hotels und die Warsteiner Gruppe dort tätig sind. Diese sind dort aber nicht als Finanzinvestoren tätig, sondern die sind dort als Mieter und Pächter tätig. Die Pachtverträge sind im Zweifel so gestaltet, dass sie dann, wenn sich das Ding nicht rechnet, relativ schnell raus können. Dann bleibt das Risiko natürlich bei dem hängen, der das finanziert. Das ist das Land.

(Beifall der FDP)

Das müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten dann eben in einem Untersuchungsausschuss aufklären. Wenn wir so etwas beantragen, tun wir das nicht deshalb, weil wir das Projekt dort oben zum Scheitern bringen wollen, sondern weil wir nur sicherstellen wollen, dass das Land auch wirklich etwas unternommen hat, was wirtschaftlich vertretbar und sauber durchfinanziert war. Das ist bisher nicht klar geworden.

(Starker Beifall der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung angelangt. Ich lade Sie zur nächsten Sitzung am 2. September 2009 um 14:00 Uhr ein.

E n d e d e r S i t z u n g: 11:20 Uhr.